

**Henrike Hillmer kämpft beim Sozialamt um ihr Recht | „Man wird auf seine Behinderung reduziert!“**

## Odyssee durch den Behördendschungel

Ein Jahr lang kämpfte Henrike Hillmer darum, Eingliederungshilfe zu bekommen. Sie wohnt in Hannover, studiert in Hildesheim und forderte vom Sozialamt Fahrtkosten dafür. Sie wurde gegängelt und schikaniert. Das Amt nahm sogar in Kauf, dass zwischendurch das Geld „richtig knapp“ wurde.

**Henrike Hillmer mit Begleithund Nico**

**Foto: SoVD**



Zwölf Monate lang stritt sie mit dem Sozialamt der Stadt Hannover. Ein Jahr dauerte es, bis eine Lösung erkämpft war. Immer wieder wurden neue Bescheide angefordert, immer wieder gab es neue Fragen, immer wieder neue Bedenken. „Sie kannten sich damit einfach nicht aus - und haben das auf meinem Rücken ausgetragen“, fasst Hillmer ein Jahr

Behördenwahnsinn zusammen. Dabei sei die Sachbearbeiterin bemüht gewesen - „aber in Teilen eben total planlos“, erinnert sie sich.

Tausende Mails gingen hin und her, unzählige Besuche fanden statt, zig Briefe wurden verschickt. Dabei sei die Sache doch ganz einfach. Sie wohne in Hannover, studiere in Hildesheim und habe eben Anspruch auf „Hilfe zur Teilhabe“, also Eingliederungshilfe - Fahrtkosten inklusive.

Das Sozialamt zog alle Register. Umziehen müsse sie, kam als Argument. Hillmer argumentiert mit Lebensmittelpunkt, Behandlungsmöglichkeiten vor Ort, der ortsgebundenen Pflege durch ihren Freund und der Erhöhung ihrer Pflegestufe.

Sie musste sich komplett ausziehen - finanziell jedenfalls. Das Sozialamt wollte

alles wissen, sämtliche Vermögenswerte mussten offengelegt werden - auch die von Freund, Eltern und Schwiegereltern. „Wir fühlten uns wie Bittsteller behandelt“, erinnert sie sich.

Als der Anspruch geklärt war, wollte das Amt sie auf eine pro Tag vierstündige Öffi-Reise mit Zug, Bahn, Bus und mehrmaligem Umsteigen schicken. Ein Gutachten vom Team Sozialmedizin der Region Hannover bestätigte: Gefährlich, total anstrengend und nicht zumutbar. Das kann Hillmer bestätigen: „Ich war jeden Abend total fertig - meine Beziehung hat ganz schön gelitten.“ Hillmer leidet von Geburt an an einer angeborenen Versteifung ihrer Gelenke (AMC). Immer wieder wurden neue Steine in den Weg gelegt, immer wieder fühlte sie sich wie ei-

ne Schnorrerin.

Richtig viel helfen konnte lange kaum jemand: Mehrere Behindertenbeauftragte winkten ab. Erst der Druck von Beraterin Katharina Lorenz aus dem SoVD-Beratungszentrum Hannover half nach. Plötzlich ging alles etwas schneller.

Am Ende war die Lösung, dass Freund Jacob Meyer-Heithuis sie mit dem neuen Gebrauchtwagen jeden Tag in die Uni fährt. Die Finanzierung vom Sozialamt klappt inzwischen halbwegs - auch, wenn es immer noch hakt. Auch, wenn dem Sozialamt der 17 Jahre alte Wagen zu teuer war.

Dabei spart das junge Paar dem Amt sogar richtig Geld. Gebe es Meyer-Heithuis nicht, müsste sie von jemand anderem gefahren werden - allerdings kostenpflichtig.

### Niedersachsen-Echo

## Zeitung zum Anhören!

Jeden Monat informiert der SoVD im „Niedersachsen-Echo“ über Neuigkeiten aus dem Landesverband, der niedersächsischen Politik und aus dem sozialen Bereich. Mit der Juni-Ausgabe erscheint die Landesbeilage erstmals auch als Hörzeitung.

Damit auch sehbehinderte und blinde Menschen immer auf dem Laufenden bleiben, gibt es das „Niedersachsen-Echo“ zum Anhören auf einer CD oder zum Herunterladen auf der Internetseite [www.sovd-nds.de](http://www.sovd-nds.de) im Bereich Medien. Die Texte sind im MP3-Format aufgenommen, das sogenannte DAISY-Format

erleichtert dabei das Abrufen der einzelnen Inhalte.

Produziert wird die akustische Landesbeilage von atz Hörmedien. Seit mehr als 40 Jahren spricht der Verein Hörzeitungen für verschiedene Herausgeber ein.

Die Hörzeitung des niedersächsischen Landesverbandes können Sie entweder herunterladen oder als CD kostenlos abonnieren (SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V., Abteilung Presse und Kommunikation, Herschelstr. 31, 30159 Hannover, E-Mail: [presse@sovnd-nds.de](mailto:presse@sovnd-nds.de), Tel.: 0511/70148-54). Sie wird Ihnen dann direkt nach Hause geliefert.



### Diskriminierung von Haushalten mit geringem Einkommen

## Abwrackprämie für Kühlschränke?

Bis Ende 2015 will das Bundesumweltministerium einkommensschwache Haushalte mit einer Prämie von 150 Euro unterstützen, wenn sie ihren alten Kühlschrank gegen einen neuen eintauschen. Der Sozialverband Deutschland (SoVD) in Niedersachsen sieht in dieser Initiative eine Diskriminierung von Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind.

„Natürlich ist eine Initiative zum Stromsparen generell richtig und wichtig. Warum aber nur für einkommensschwache Haushalte? Da schwingt doch die Unterstellung mit, dass Bezieher von Hartz IV oder Grundversicherung nicht haushalten können“, findet der SoVD-Landesvorsitzende Adolf Bauer. Die Abwrackprämie für Autos habe 2009 schließlich auch jeder in Anspruch nehmen können.

Niedersachsens größter Sozialverband kritisiert außerdem die Tatsache, dass Betroffene sich im Gegenzug einen neuen Kühlschrank der Effizienzklasse A+++ kaufen



**Alt gegen neu: Mit 150 Euro unterstützt das Umweltministerium Geringverdiener, wenn sie sich einen neuen Kühlschrank zulegen.**

**Foto: Stefanie Jäkel**

müssen. „So ein Gerät kriegt man nicht unter 400 Euro. Wie bitte soll das jemand stemmen, der als Hartz-IV-Empfänger von 391 Euro im Monat lebt?“, empört sich Bauer. Statt zu überlegen, wie man in diesen Bereichen immer weiter sparen könne, solle den Betroffenen viel eher ein menschenwürdiges Leben ermöglicht werden. Und das geht aus Sicht des SoVD nur mit der Erhöhung der Regelsätze auf deutlich mehr als 450 Euro monatlich.

Das Stromsparprojekt des

Bundesumweltministeriums startete bereits 2008. Bislang gab es lediglich sogenannte Stromsparhelfer, die bei Hartz-IV-Empfängern und Sozialhilfe- sowie Wohngeld-Beziehern die Verbrauchswerte von elektrischen Geräten messen und im Anschluss Tipps geben, wie sich der Verbrauch senken lässt. Zum Teil werden für diesen Job Langzeitarbeitslose zu einem Stundenlohn von 1,50 Euro beschäftigt. Aus SoVD-Sicht ist das eine entwürdigende Maßnahme.